

MARTIN JANSSEN

Vier Krisen in Europa

In Politik und Wirtschaft hängt immer alles mit allem zusammen. Die EU-Politiker schaffen es auch täglich, die Zusammenhänge noch komplizierter, undurchsichtiger und verworrener werden zu lassen. Ein Blick durch den Nebel zeigt aber: Die Eurozone, vielleicht die ganze EU, wird auf dem eingeschlagenen Weg schwächer werdender Institutionen, verletzter Verträge, fehlender Deregulation, überbordender Staatshaushalte, explodierender Geldmenge, steigender Steuern und fehlender finanzieller Verantwortung in den nächsten Jahren hart auf dem Boden aufschlagen.

«Schuld sind nicht untätige Griechen, sondern überhebliche Politiker»

Ist das Desaster nicht mehr abzuwenden? Doch! Aber wir brauchen ökonomischen Sachverstand, und wir müssen die richtigen Diagnosen stellen und geeignete Heilmittel verabreichen. Die EU respektive die Eurozone muss akzeptieren, dass sie sich vier Krisen gegenüber sieht, nicht nur einer, nämlich der Finanzkrise, der Überschuldungskrise, der Eurokrise und der Überalterungskrise, die alle eine andere Ursache haben. Gemeinsam ist den Krisen nur, dass die Politiker in ihren Allmachtsfantasien glauben, sie könnten die Faktor-, Produkt- und Finanzmärkte durch Regulationen und Steuergelder ungestraft ausser Kraft setzen und die Lösung unangenehmer Probleme – insbesondere die überbordenden Staatshaushalte – auf die nächsten Generationen verschieben.

Die Finanzkrise ist nicht auf zu hohe Boni der Banker, sondern auf falsche Kapitalanreize, Gratisgarantien für grosse Banken, fehlende Transparenz und zu wenig Wettbewerb im Bankwesen zurückzuführen. Für die Überschuldungskrise sind nicht «Spekulanten» verantwortlich, sondern fehlende Budgetdisziplin und falsche Anreize in der EU. Die Eurokrise ist nicht auf untätige Griechen zurückzuführen, sondern auf überhebliche Politiker, die entgegen den Ratschlägen der Ökonomen die Flexibilität der Devisenmärkte durch ein Schönwetterkonstrukt ersetzt haben. Und für die Altersvorsorge fehlt ganz einfach das Vorsorgekapital. Es gibt in dieser Situation keinen Befreiungsschlag, der alles löst. Falls überhaupt, hilft nur gut kommunizierte Detailarbeit. Leitplanken sind eine umfassende Deregulation der Märkte (vor allem der Arbeitsmärkte), deutlich tiefere Staatsausgaben, eine unternehmerfreundlichere Politik, mehr finanzielle Selbstverantwortung und eine massive Reduktion der Geldmenge. Die europäischen Rettungsschirme sind – falls überhaupt – nur vorübergehend sinnvoll.

Martin Janssen ist Professor an der Universität Zürich

BÜROHR

Pech für die «Bilanz»: Für die Ausgabe vom vergangenen Donnerstag interviewte das Wirtschaftsblatt den Ex-ABB-Chef **Percy Barnevik** (Titel: «Ich bin extrem») auf sechs Seiten. Darin erklärt der 71-jährige Philanthrop, warum er bei der Vergabe von Mikrokrediten in armen Ländern bevorzugt Frauen berücksichtigt. Am Freitag wurde Barnevik an seinem Wohnort in London vorübergehend verhaftet. Er soll eine Frau sexuell belästigt haben. Barnevik bestreitet dies. Seiner Auffassung nach ist besagte Frau «verrückt».

Christoph Mörgeli wirkt als Autor für den Pharmagiganten Roche. Der SVP-Politiker und Titularprofessor mit Forschungsschwerpunkt Totentanz beschreibt für Roche die Erfolgsgeschichte des Antibiotikums Bactrim. Dabei wird er aufzeigen, wie vielen Millionen Menschen damit das Leben gerettet werden konnte. Parallel dazu erforscht Mörgeli den Totentanz von Wil SG und von Ilanz GR – Leben und Tod tanzen manchmal zusammen Tango.



Swisscom rasch privatisieren

Was Economiesuisse für den Teleomanbieter und die Post fordert



Telekommunikation: Die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Swisscom ist der Economiesuisse ein Dorn im Auge FOTO: ANDY MÜLLER/FRESHFOCUS

VON NICOLE KIRCHER

ZÜRICH Dass sich der Bundesrat für den Bau einer zweiten Gotthardröhre ausgesprochen hat, ist auch ein Sieg für den Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Er hat kräftig für eine zweite Röhre mit privater Finanzierung lobbyiert.

Jetzt hat sich Economiesuisse die Privatisierung von Bundesbetrieben auf die Fahne geschrieben. Im neuen Infrastrukturbericht, der der SonntagsZeitung vorliegt und nächste Woche der Öffentlichkeit vorgestellt wird, fordert der Verband eine totale Liberalisierung der Post und eine Privatisierung der Swisscom.

«Liberalisierungsgegner schüren gezielt die Angst vor einer Verschlechterung der Situation in der Grundversorgung, um Marktöffnungen zu blockieren», konstatiert Kurt Lanz, Mitverfasser des Infrastrukturberichts und Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse.

Die Post erziele auch in der Grundversorgung Überschüsse. Dennoch beinhalte das neue Postgesetz weiterhin ein Monopol bis

50 Gramm. Als Vorbild für die Briefliberalisierung in der Schweiz nennt Lanz den bereits seit Jahren geöffneten Paketmarkt: «In dieser Sparte funktioniert der Wettbewerb sehr gut.»

Zielkonflikte des Bundes bei der Swisscom

Ein besonderes Augenmerk richtet Economiesuisse auch auf die Telekommunikationsbranche. Der Verband fordert, dass es mit der Privatisierung der Swisscom endlich vorwärtsgehen müsse. Um die politische Einflussnahme weiter zu reduzieren, «ist der Rückzug des Bundes als Haupt-

aktionär der Swisscom» anzustreben, heisst es im Bericht. «So können Zielkonflikte des Bundes als Regulator, Grundversorger und Aktionär gelöst werden.»

Lanz betont: «Die Frage einer Privatisierung der Swisscom muss endlich auf die politische Agenda.» Mit der Bundesmehrheit an der Ex-Monopolistin im Telekommunikationsbereich sei die Schweiz eine Exotie. Nur noch Länder wie Slowenien oder Serbien hätten dies ebenso geregelt, während der Rest Europas die Telecomfirmen längstens privatisiert habe.

Die Swisscom wird sich einer Privatisierungsdiskussion nicht

verschliessen, erklärt Sprecher Olaf Schulze: «Möchte der Bund die unternehmerischen Risiken nicht mittragen, würde die Swisscom einen weiteren Privatisierungsschritt begrüssen. Wir sind gerne bereit, an mehrheitsfähigen Lösungen mitzuarbeiten.»

Dass die Bundesmehrheit zu Interessenkonflikten führen könnte, verneint Schulze jedoch: «Zuständig als Aktionär ist die Finanzverwaltung des Bundes, während das Dossier Telekommunikation beim Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) liegt. Es ist also eine klare Trennung vorhanden.»

Keine Revision des Fernmeldegesetzes nötig

Überraschend: Während Economiesuisse sonst stets für neue Gesetzesvorlagen votiert, die privaten Anbietern mehr Spielraum geben, spricht sich der Verband gegen eine Revision des Fernmeldegesetzes aus. Eine solche sei «momentan nicht erforderlich», sagt Lanz. Wichtig für die Schweiz sei, dass «zuerst in Glasfasern investiert wird».

Die Infrastruktur aus Sicht von Economiesuisse

Alle zwei Jahre beleuchtet Economiesuisse in einer Auslegeordnung die aktuelle Situation in den Infrastrukturbereichen Elektrizität, Erdöl und Gas, Strasse, Schiene, Luftfahrt, Post und Telekommunikation in einem 58 Seiten starken Infrastrukturbericht.

«Ohne gut unterhaltene und funktionierende Infrastrukturen kann die Schweiz ihre Standortattraktivität auf Dauer nicht erhalten», schreibt Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von Economiesuisse, im aktuellen Bericht. Diesmal liege in Bezug auf die Infrastruktur «ein besonderes Gewicht auf den Themen Liberalisierung, Finanzierung und Grundversorgung».

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 53

Gerold Bührer leitet Rücktritt ein

sind bereit, einen Sack voller Flöhe, wie die Economiesuisse einer ist, zu hüten. Zudem sind die Zeiten längst vorbei, in denen der Präsident des Wirtschaftsdachverbandes angesichts seines Einflusses als achter Bundesrat galt.

Klar ist aber: Bührers Bilanz kann sich sehen lassen. Sein jüngster Erfolg ist das Ja des Bundesrates zur zweiten Gotthardröhre. 2011 brachte der ehemalige FDP-Nationalrat die Idee einer privaten Finanzierung für den Gotthard ins Spiel. Damit schaffte er Aufmerksamkeit für das Thema und war mit der Tessiner Lobby massgeblich daran beteiligt, dass der Bundesrat umgeschwenkt ist und nun für das Projekt votiert hat.

Einen Strich durch die Rechnung hat Bührer aber dieser Tage Thomas Minder gemacht. Die Hoffnung, dass dieser vom politischen Getriebe zermürbt und von Christoph Blocher beeinflusst seine Abzockerinitiative zurückzieht, hat sich zerschlagen. Ebenso hat Economiesuisse den Zündstoff der Zweitwohnungsinitiative unterschätzt.

Eine grosse Schlappe erlitt der Spitzenverband, als das Stimmvolk die Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskassen ablehnte. Dafür hat die von Economiesuisse angeführte Wirtschaftslobby jüngst die Auns-Initiative «Staatsverträge vors Volk» gebodigt. Hängt Bührer noch eine halbe Amtszeit an, wird es für ihn

schwieriger, an frühere Erfolge anzuknüpfen. Denn die Politlandschaft hat sich stark verändert.

Bührer ist ein Rechtsfreisinniger alter Schule und auf der Linie, die der neue FDP-Präsident Philipp Müller durchgesetzt hat. Doch die politische Mitte ist heute zerstückelt. Es ist schwieriger geworden, als Lobbyorganisation seine Position im Parlament durchzusetzen.

Anständigkeit wurde bisweilen als Schwäche ausgelegt

Darauf angesprochen, sagte Bührer vor einiger Zeit der SonntagsZeitung: «Wir müssen uns dieser Ausgangslage stellen. Die ist aber nicht ganz neu. Insgesamt sehe ich unsere wirtschaftspolitischen Anliegen nicht gefährdet. Mit der BDP und der GLP hat die neue Mitte gewonnen.»

Laut CVP-Präsident Christophe Darbellay vertritt Economiesuisse in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit vor allem die Interessen des Finanzplatzes, der Pharmaindustrie sowie der Maschinenbauer und sei «relativ unkritisch». Darbellay bezeichnet Bührer als «exzellent vernetzt», aber auch als «sehr anständig».

Letztere Eigenschaft, so sagen verschiedene Weggefährten übereinstimmend, werde ihm zuweilen als Unsicherheit ausgelegt. Er halte gerne Rücksprache mit den Spezialisten und traue sich erst danach eine eigene Meinung zu. Was Zeichen der Seriosität sei, werde ihm aber auch als Führungsschwäche ausgelegt.

Gespannt auf den Ausgang der Sitzung vom Dienstag dürfte nicht zuletzt Bührers Ehefrau Elisabeth Zölch sein.